

Simonis, Udo E.

**Book Part — Digitized Version**

## Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Simonis, Udo E. (1985) : Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie, In: Volker Hauff, Michael Müller (Ed.): Umweltpolitik am Scheideweg: die Industriegesellschaft zwischen Selbsterstörung und Aussteigermentalität., ISBN 3-406-30864-3, C.H. Beck, München, pp. 49-61

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122731>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

*Udo Ernst Simonis*

## Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie

„Ökologie und Ökonomie kein Gegensatz – Erfolge durch Zusammenwirken aller Parteien – Einsicht der Wirtschaft – Gute Erfahrungen ...

Die Umweltpolitik wird, so scheint es, getragen von Milde, Marktkräften und Vertrauen in das Gute des Menschen.“

*Christian Schütze*

### *I. Wirkungszusammenhänge – Wirkungskonflikte*

Ökologie bedeutet die Lehre vom notwendigen und möglichen Frieden des Menschen mit der Natur (C.F. v. Weizsäcker). Ökonomie ist zunächst einmal Unfrieden mit der Natur: Natur wird direkt genutzt und indirekt durch Verarbeitung von Rohstoffen zu Produkten, und sie wird – umgekehrt – durch Schadstoffe und Abfälle der Produktion belastet. Zwei Prozesse also, die die Natur als Verlierer im Ökonomie-Spiel zurücklassen: Sie tauscht natürliche Rohstoffe gegen produzierte Schadstoffe ein. Dabei ist die Natur neben Arbeit und Kapital (bestenfalls) ein stummer, doch in des Wortes echter Bedeutung ein ausgebeuteter, dritter Produktionsfaktor. Wie kann man die Stellung (Lage) der Natur in der Ökonomie verbessern – ihr Rechte gewähren und Schutz verleihen?

Die Verwendung von Rohstoffen und die Entstehung von Abfallstoffen ist natürlich ein altes Thema. Die moderne wissenschaftlich-technische Entwicklung aber hat die Ausbeutung nicht erneuerbarer Rohstoffe zunehmend möglich gemacht und die Ansammlung nicht abbaubarer Abfallstoffe zunehmend häufig wer-

den lassen. Die Natur kann einen Teil des an sie adressierten Rückversandes an Stoffen nicht mehr verkraften, Stoffe, von denen viele nicht nur für die Natur, sondern auch für den Menschen toxisch sind.

Anstrengungen, diese Abfallstoffe auf Deponien, in Zwischen- oder Endlagern zu verstecken, über hohe Schornsteine zu zerstreuen oder auf See zu verklappen, erweisen sich nicht oder nur zeitweise als erfolgreich, was damit zu tun hat, daß Umweltgifte in der Regel Wandergifte sind (P. Mayer-Tasch); sie machen nicht an Grenzen halt. Die „Linearisierung“ ökologischer Kreisläufe ist eine Folge davon: Die natürliche Vielfalt wird reduziert, die Robustheit der Ökosysteme verringert sich, Symbiosen brechen zusammen, Gleichgewichte gehen verloren. Die Konsequenz aus diesen Prozessen: Abnahme der Absorptionskapazität der Umwelt und Zunahme der Umweltgefährdung.

Entsprechend sehen viele Wissenschaftler den Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie in zwei (tatsächlich oder vermeintlich?) unverträglichen Grundprinzipien begründet: Dem ökologischen Prinzip der „Stabilität als Lebensbedingung der Natur“ und dem ökonomischen Prinzip des „Wachstums als Interesse der Wirtschaft“, genauer: den Prinzipien der betriebswirtschaftlichen Rentabilität, des volkswirtschaftlichen Wachstums und der weltwirtschaftlichen Expansion.

Die Frage, ob und wie diese ökonomischen Prinzipien angesichts eingetretener oder sich abzeichnender ökologischer Krisenlagen änderbar, gestaltbar und letztlich mit ökologischen Prinzipien harmonisierbar sind, auf welcher Ebene und auf welche Weise, dies ist natürlich eine in der Wissenschaft (und in der Praxis) höchst strittige Frage. Ihre Beantwortung ist zunächst einmal abhängig von der jeweiligen individuellen bzw. gesellschaftlichen Interessenlage; hier scheiden sich die Geister schnell und zumeist auch eindeutig. Sie ist zum anderen aber auch abhängig von der Fähigkeit und der Bereitschaft zur sozialen Innovation – besonders aber davon, wie man die Möglichkeit der Anwendung und Nachahmung ökologischer Regelmechanismen zur Selbststeuerung der Wirtschaft nutzt bzw. die Möglichkeit der ökologischen

Modernisierung der Wirtschaftspolitik einschätzt. Diesen beiden (nur diesen beiden!) Ebenen der (stärkeren) Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie möchte ich mich im folgenden zuwenden.

## *II. Interne Steuerungsmechanismen – Ökologische Selbststeuerung der Wirtschaft?*

Zunächst: Es gäbe sicherlich nur einen Bruchteil der Umweltprobleme, wenn die ökonomischen Zusammenhänge so klein und überschaubar (geblieben) wären, daß Produzenten und Konsumenten die Konsequenzen ihrer eigenen Natur-Abnutzung bzw. Natur-Belastung erkennen bzw. spüren würden – oder anders ausgedrückt: wenn die betriebliche Rentabilität, das Wachstum der Volkswirtschaft und die Expansion auf Weltmärkten nicht (immer wieder) dadurch garantiert bzw. gesteigert werden könnten, daß man einen Teil der entstehenden Kosten nach außen verlagerte. Dies ist die alte, aber stets neue, weil ungelöste Frage der externen Effekte der Produktion. Der Prozeß der ökonomisch-technischen Entwicklung ist mit negativen Externalitäten verbunden, d.h. der Verlagerung von Kosten auf Dritte oder die Gesellschaft, auf zukünftige Generationen, auf die Natur. Beim Umweltproblem sind diese Einzelkomponenten externer Effekte miteinander verknüpft. Es ist in diesem Sinne die Verkörperung der Problemhaftigkeit der industriewirtschaftlichen Produktion – und damit vielleicht tatsächlich, wie K. Meyer-Abich meint, die größte Herausforderung und Bewährungsprobe für den Staat, vergleichbar nur der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts.

Nehmen wir die Belastung des „Ökosystems Wald“ als jüngstes Beispiel der öffentlichen Umweltdiskussion:

– Es zeigt die Verlagerung eines Teils der Kosten der Produktion (nicht ausreichend reduzierte Luftschadstoffe) auf die nur begrenzt resistente Natur: der Wald stirbt.

– Es zeigt die Verlagerung von Kosten auf die folgenden Generationen: waldlose Zukunft bzw. nur langfristig mögliche Wiedergewinnung der Reproduktionsfähigkeit des Waldes.

– Es zeigt schließlich die Verlagerung von Kosten auf Dritte (teilweise Enteignung der Waldbesitzer) und die Gesellschaft in dem Sinne, daß betrieblich-technische Entscheidungen individueller Verursacher (Kraftwerks-, Verkehrsemitenten, Schadstoffexporteure) das gesellschaftliche Wohlbefinden und letztlich die physische Gesundheit der Gesellschaft insgesamt in Mitleidenschaft ziehen.

In Bezug auf das „Ökosystem Wald“ rechnet das ökonomische System also offenbar falsch: Sowohl das betriebswirtschaftliche als auch das volkswirtschaftliche Rechnungswesen enthält keine bzw. keine ausreichenden Indikatoren (Signale), die eine dem ökologischen System nicht mehr angemessene (d.h. nicht verkräftbare) Schadstoffbelastung verhindern. Das traditionelle Rechnungswesen weist sowohl für die Energiegewinnung als auch bei den Automobilherstellern und den Schadstoffexporteuren (um beim obigen Beispiel zu bleiben) positive Salden auf, obwohl das ökologische System Wald nachweislich wegen der Schadstoffentstehung in diesen Wirtschafts-Bereichen erheblich und teils unwiderruflich geschädigt wird. Verlust hier, Gewinn dort, ein Ausgleich findet nicht statt und ist auch eigentlich nicht vorgesehen.

Das ökonomische Rechnungswesen ist in einer zweiten Weise defizitär, in dem Sinne, daß ihm die für ein ökologisches System typischen Schwellenwert-Phänomene fremd sind. Die Regenerationskraft eines natürlichen Systems geht verloren, wenn bestimmte Grenzen der Belastbarkeit überschritten sind („überkritische chronische Schadstoffbelastung“, H.Bossel); es kann sozusagen zwischen guten und schlechten Prozessen unterscheiden. Diese Qualität geht dem ökonomischen Rechnungswesen (bisher) ab; jede ausgegebene Mark, egal von wem für was getätigt, wird positiv verbucht. Es weist selbst dann noch Erfolg aus, wenn bereits große Teile des Produktionswertes nur zur Erhaltung des status quo aufgewendet werden müssen.

Eine der anstehenden Aufgaben ist damit leicht beschreibbar: Möglichst weitreichende „Internalisierung der externen Effekte“, d.h. Rückverlagerung der Kosten in die verursachende Wirtschaftseinheit und die Einbindung der „ökologischen Komponen-

te“ in betriebswirtschaftliche Investitionsentscheidungen. Zweifellos ist die Verringerung der externen Effekte der Produktion auf Gesellschaft, Natur und künftige Generationen ein wichtiges strategisches Element zur Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie. Bei (Wieder-)Herstellung überschaubarer ökonomischer Kreisläufe wären ökologische Krisenfälle wie Minamata, Seveso, Georgswerder, Bhopal usw. nicht möglich gewesen und nicht wiederholbar. Nur: ist dies wahrscheinlich?

*Wirtschaften als Kreislaufprozeß* zu begreifen, als Recycling im umfassenden Sinne, hieße systematische Verringerung des Einsatzes nicht erneuerbarer Rohstoffe und der Entstehung nicht abbaufähiger Abfälle – und widerspricht damit einer auf schnellen Durchsatz angelegten Wirtschaft. Recycling ist erst ansatzweise (Altglas, Altpapier, Altreifen, Bleiakkumulatoren) wieder zu einer systematischen ökonomischen Tätigkeit geworden. Die Abkehr von der bloßen Abfallbeseitigung zur integrierten Abfallwirtschaft ist bisher nicht vollzogen. Das liegt teilweise sicherlich daran, daß viele Abfallstoffe nicht oder nur mit großem Aufwand recycelbar sind. Das liegt zum Teil aber lediglich daran, daß die richtigen Preis- und Kostensignale noch immer nicht gesetzt sind: Müllvermeidung und Energieeinsparung werden z.B. nicht ausreichend begünstigt, ja, vielfach sogar finanziell bestraft. Es liegt zum Teil aber auch an den strukturellen Mängeln des herkömmlichen Rechnungswesens, das hinreichende Kriterien für die Messung von natürlichen Substanzverlusten nicht kennt, so daß man „zunehmendes monetäres Einkommen“ gegen „abnehmendes reales Naturkapital“ eintauscht.

Weil beispielsweise die ökologischen Verluste durch Luft- und Wasserverschmutzung (wie Artenrückgang, Verlust an genetischer Vielfalt) nicht bei denen als Kosten erscheinen und erhoben werden, die sie verursachen, werden sie nicht behoben, sondern nur erlitten. Weil die Unfallkosten des Automobils nicht beim Hersteller sondern – vielfach vermittelt, d.h. nicht überschaubar – beim Nutzer bzw. der Allgemeinheit erhoben werden, hat die Unfallminderung nur relativ geringe Priorität. Würden die Waldschäden von den Waldbesitzern teilweise bei den Automobilherstellern ein-

geklagt, träte die Automobilindustrie sicherlich längst für ein Tempolimit ein.

Unfallfolgen bzw. Waldschäden sind relativ verständlich kalkulierbar, wenn und in dem Maße wie es um Kategorien geht (Einkommen, Kapital), für die akzeptierte Konventionen entwickelt sind. Schädiger und Geschädigte sind bekannt bzw. leicht feststellbar. Eine Änderung des Schadensersatzrechtes würde in diesen Fällen weitreichende ökologisch positive Wirkungen haben können. Schwieriger ist es, wenn es um ökologisch komplexe und langfristig relevante Effekte geht (externe Effekte auf Natur und künftige Generationen). In der Erfassung und Bewertung ökologischer Nutzen und Kosten liegt ein besonders konzeptuelles Defizit vor, das dringend überwunden werden müßte.

Ansätze zu einer ökologischen Buchhaltung auf Unternehmensebene und zu einer Integration von Umweltaspekten in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung sind jedoch vielversprechend und inzwischen auch, so denke ich, hinreichend getestet. Mit der ökologischen Buchhaltung werden der von einer Wirtschaftseinheit ausgehende Energie-, Material- und Bodenverbrauch, die festen und flüssigen Abfälle berechnet und über Simulation gegebener Knappheiten (Äquivalenzkoeffizienten) Rechnungseinheiten ermittelt, die in die Buchhaltung Eingang finden. Auf diese Weise entsteht nicht nur eine unternehmensinterne Entscheidungshilfe, sondern auch ein öffentliches Informationsinstrument, das zur Bestimmung und Förderung qualitativer Wirtschaftsprozesse (qualitatives Wachstum) beitragen kann (R. Müller-Wenk). Diese Ansätze müßten allerdings allgemein eingeführt und gesetzlich verbindlich werden – ein Schritt, für den sich bisher keine ausreichende politische Unterstützung formiert hat.

Neben dem genannten umfassenden Kreislaufprinzip ist ein zweites ökologisches Prinzip in der modernen Industriegesellschaft nicht mehr gewährleistet: das der *Nachhaltigkeit* der Ressourcennutzung bzw. der Verhinderung des Substanzverzehrs. Waldbesitzer haben sich lange erfolgreich danach gerichtet, „nicht mehr Holz zu schlagen als nachwächst.“ Dieses Prinzip ist jedoch erodiert: Extern produzierter „saurer Regen“ macht intern betrie-



bene Substanzerhaltung zunichte. Die Nachhaltigkeit des privaten „Wald-Kapitals“ wird durch indirekte Enteignung in Form des öffentlich erlebten „Wald-Sterbens“ ersetzt. Die Natur wehrt sich durch Tod . . . Wie aber wehrt sich die Gesellschaft?

Es gälte ein anderes Prinzip zu beleben bzw. von anderen Gesellschaften zu übernehmen: das der *Verantwortung und Haftung*. In Bezug auf das Umweltproblem ist das Rechtswesen und damit das wirtschaftliche Verhalten geprägt vom Nachweis der Kausalität: Für Schäden haftet *der* Schädiger, dem der Geschädigte die Verursachung nachweisen kann. In anderen Ländern gilt jedoch das Recht der „Umkehr der Beweislast“: Es genügt die statistische Wahrscheinlichkeit, um umweltverschmutzende Unternehmen gesamtschuldnerisch zum Schadenersatz zu verpflichten! Dieses Prinzip hat – nachdem es nach den ersten dramatischen Umweltschäden zur Anwendung kam – in Japan die Umweltqualität nicht unwesentlich im Sinne der ökologischen Selbstregulierung der Wirtschaft verbessert, den Präventionsgedanken im Umweltschutz gestärkt und die technische Lösung von Umweltproblemen von der ex post-Seite zur ex ante-Seite, vom nachträglichen Einbau von Filtern usw. (end-of-pipe Technologie) zu neuartigen emissionsarmen Lösungen (integrierte Technologie) verlagert. Die konkrete Ausgestaltung des Haftungsprinzips kann in vielfältiger Weise erfolgen: generelle Umwelthaftung; kooperative Altlasten-Fonds; Risiko-Fonds; automatische öffentliche Emissionsanzeige, usw.

Fazit: Die Umweltprobleme sind nicht nur eine Folge der etablierten Wirtschaftsstrukturen, der prekären Abhängigkeit der Wirtschaft von nicht erneuerbaren Rohstoffen und der Herstellung nicht abbaufähiger Abfallstoffe, sie ist auch die Folge einer sozialen Innovationsschwäche in Bezug auf die Anwendung von bzw. Anlehnung an ökologische Prinzipien, d.h. des Defizits an geeigneten Selbststeuerungsmechanismen im unternehmerischen Entscheidungsbereich. Der Frage der besseren Steuerung des ökonomischen Systems durch Modernisierung der Wirtschaftspolitik möchte ich mich abschließend zuwenden.

### III. Externe Steuerungsmechanismen – Ökologische Modernisierung der Wirtschaftspolitik?

Die Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer ist konzeptionell von zwei Grundpositionen (mit unterschiedlichen Schattierungen) geprägt:

- Neoklassik, d. h. im wesentlichen Marktpolitik;
- Keynesianismus, d. h. im wesentlichen aktive Steuerung des Niveaus der Wirtschaftstätigkeit.

Beide Steuerungskonzepte sind vom Ansatz her – ein Phänomen für sich – sehr alt: das eine fast 200, das andere inzwischen 50 Jahre. Jedes hat – ohne daß ich dies hier näher belegen kann – angesichts der vorliegenden ökonomischen und ökologischen Problemkonstellation seine je spezifischen Schwächen. Beiden gemeinsam ist eine hohe Präferenz für quantitatives Wachstum – betrieblich, volkswirtschaftlich, weltwirtschaftlich; beiden fehlt es dagegen an Sensibilität in Bezug auf das Umweltproblem. Ja, man könnte sagen, daß das fast völlige Ausblenden ökologischer Aspekte und der real eingetretenen ökologischen Veränderungen, wie aber auch des inzwischen enorm gestiegenen Umweltbewußtseins der Bevölkerung (H. J. Fietkau) geradezu die zentralen Schwächen dieser traditionellen wirtschaftspolitischen Konzepte sind.

Die Kritik an diesen Grundpositionen hat sich entfaltet, weil die praktizierte Wirtschaftspolitik

- beschäftigungsloses Wachstum nicht verhindert und
- umweltverträgliches Wachstum nicht garantiert hat.

Entsprechend werden die *Leitvorstellungen* und der *Zielkatalog* der Wirtschaftspolitik in Frage gestellt und die Defizite des *Instrumentariums* und der *Institutionen* aufgedeckt, woraus sich eine dritte Grundposition der Wirtschaftspolitik ergibt bzw. entwickeln wird: ökologische Wirtschaftspolitik.

Die vorherrschende Wirtschaftsweise und die sie steuernde Wirtschaftspolitik beruhen auf der *Leitvorstellung* der Erhöhung bzw. Maximierung von Strömungsgrößen: Produktionsvolumen, Einkommen, Gewinn, Umsatz. Boulding hat das vor fünfzehn Jah-

ren auf den Begriff gebracht: „throughput economy – Durchlaufwirtschaft“. Dem stellte er die Forderung „spaceship economy – Raumschiffökonomie“ entgegen. Schriebe er heute, würde er wohl von „ecological economy – ökologische Wirtschaft“ sprechen. Dieses Paradigma schließt eine neue Leitvorstellung ein: Erhöhung der Effizienz bei Erhaltung der Substanz (Bestandsgrößen). Gesichtspunkte wie Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung werden wichtig, die ökologische Modernisierung der Wirtschaft (V. Hauff), der Produkte und der Produktionsprozesse, wird zur Aufgabe.

Auf der *Zielebene* ginge es um Neudefinition und um Ergänzung der Ziele der praktischen Wirtschaftspolitik, besonders um die:

- Qualifizierung des Wachstumsziels;
- Einbindung der „Umweltstabilität“ in den Zielkatalog der

Wirtschaftspolitik.

Die traditionellen Wachstums-Indikatoren sind in mehrfacher Weise defizitär. Sie sind zu einer Zeit entwickelt worden, als die Umwelt zwar schon ein Problem aber noch kein Thema war, und sie sind seither eigentlich nicht angepaßt worden. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, und zwar aus mehreren Gründen:

- Wirtschaftswachstum wird in den engen Grenzen des Güter- und Einkommenskreislaufs bestimmt, der ökologische Stoffkreislauf bleibt dabei ausgeblendet.

- Wirtschaftswachstum ist definiert als Zunahme von Strömungsgrößen, ausgeblendet bleiben deren Auswirkungen auf Umfang und Qualität ökologischer Bestandsgrößen.

- Schließlich ist das traditionelle Wachstumskonzept einschichtig. Im Bruttosozialprodukt werden alle monetären Aktivitäten addiert, unabhängig davon, welche Funktion sie erfüllen. Es umfaßt zunehmend mehr Ausgaben, die als solche nicht positiv zu bewerten sind, sondern die allein wegen der (notwendigen) Kompensation von Schäden entstehen, die zuvor vom Wirtschaftsprozeß erzeugt wurden (sog. „defensive Ausgaben“, Chr. Leipert).

Die Qualifizierung der traditionellen wirtschaftspolitischen Erfolgs-Indikatoren müßte daher eigentlich auf der Tagesordnung

stehen. Sie kann methodisch in unterschiedlicher Weise und Reichweite erfolgen: von der systematischen Ermittlung der kompensatorischen Ausgaben (Ermittlung der Nettowohlfahrt bzw. des Nettoprodukts), über kombinierte Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungs-Indikatoren bis zu einem integrierten System von ökonomischen, sozialen und ökologischen Indikatoren.

Was die zweite genannte Aufgabe angeht, so ist die Frage der Verankerung des Umweltziels im Grundgesetz bzw. in den Länderverfassungen diskutiert und länderweise auch durchgeführt worden; offen ist, wie gewährleistet werden kann, daß dies kein Papiertiger wird. Nicht andiskutiert ist dagegen die Frage, auf welche Weise und mit welcher Konsequenz das Ziel „Umweltstabilität“ in den Zielkatalog der staatlichen Wirtschaftspolitik (= *neues Stabilitätsgesetz*) aufgenommen und wie die „Kontrolle von rohstoffverschwendenden und umweltbelastenden Unternehmen“ zur Aufgabe der Kartellbehörde (= *neues Kartellgesetz*) gemacht werden könnte. Die ökologische Anpassung dieser beiden wichtigen gesetzlichen Grundlagen der staatlichen Wirtschaftspolitik ist längst überfällig.

Die traditionelle Wirtschaftspolitik kennt im wesentlichen nur zwei *Instrumentenkästen* bzw. Maßnahmenbereiche: Geldpolitik und Finanzpolitik. Unter ökologischen Gesichtspunkten sind globale Zins- bzw. Steuerpolitik allein nicht zielführend – mit Ausnahmen: Wenn die Lohnsteuer ganz oder teilweise abgeschafft und eine aufkommenneutrale *Energie- und Ressourcensteuer* eingeführt würde, hätte dies einen positiven Beschäftigungseffekt (relative Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit) und zugleich einen positiven Umwelteffekt (relative Belastung des Umweltverbrauchs). Selbst eine graduelle entsprechende Reform des Steuerrechts wäre ein Schritt nach vorn. Die Schaffung eines umweltorientierten Steuer- und Finanzsystems hieße: Abbau aller Mechanismen, die den Umweltverbrauch forcieren und Aufbau von Mechanismen, die ihn reduzieren. Dies schließt verschiedene Detailvorschläge ein, die teilweise bereits diskutiert werden, wie z. B. die (nach Höhe der Folgekosten gestaffelte) *Produktsteuer*, die *Verpackungssteuer*, einzelne *Schadstoffabgaben* bzw. *Emissionssteuern*

(Schwefelabgabe, Abgas-Steuer, Lärmabgabe), *Umweltanleihen*, *Umweltkreditgarantien* oder die Einrichtung zinsloser (-günstiger) Kredite für *ökologische Pilotprojekte* (Öko-Banken).

Eine Zwischenbemerkung: Zur Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie reicht es natürlich nicht, nur das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik zu reformieren. Die Verbesserung und Erhaltung der Umweltqualität erfordert vielmehr die Ökologisierung bzw. Re-Ökologisierung der Politik im weiteren Sinne, verstanden als frühzeitige Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Programmformulierung und Instrumentenwahl in anderen umweltrelevanten Politikbereichen. Die ökologische Bedeutung der Schnittstellen zwischen der Wirtschaftspolitik und diesen anderen Politikbereichen ist indes erst ansatzweise theoretisch bzw. praktisch ausgelotet. Politikbereiche mit potentiell hoher Umweltrelevanz werden bisher nicht oder noch zu wenig unter Umweltgesichtspunkten betrachtet und konzipiert.

Das gilt – mit möglicherweise zunehmender Brisanz – für die Agrarpolitik, die Technologiepolitik, die Verteidigungspolitik und auch die Außenpolitik. Es gilt trotz intensiver Diskussion noch immer für die Energiepolitik und die Verkehrspolitik. Dies gilt weniger für die Arbeitspolitik. Hier ist im Verlaufe der krisenhaften Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zumindest viel konzeptionelle Arbeit zum Zusammenhang von Arbeitszeitverkürzung, Umweltschonung, Arbeitsplatzschaffung geleistet worden, wenn auch wenig davon bisher in die Praxis umgesetzt ist.

Eine ökologie-orientierte Steuerung des ökonomischen Systems bedarf schließlich und letztlich der *institutionellen Fundierung* – und das heißt: vorhandene Institutionen umpolen, veraltete aufgeben und neue schaffen. Hierbei geht es nicht notwendigerweise um die alte Kontroverse „mehr Markt oder mehr Staat“. Die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie verlangt allerdings – um im Bild zu bleiben – einen *besseren* Markt und einen *besseren* Staat.

Umweltprobleme respektieren in der Regel weder die privaten Eigentumsgrenzen noch die staatlichen Landesgrenzen, und Umweltschutz tangiert die etablierten Zuständigkeiten nationaler und

supra-nationaler Institutionen. Weder eine privatrechtliche noch eine nationalstaatliche Alleinkompetenz (Privatisierung der Umwelt vs. Umwelt als staatliches Gut) kann daher eine angemessene Antwort auf die vorhandenen und die zu erwartenden Umweltbelastungen sein. Eine strukturelle Anpassung der Institutionen ist nötig, eine ökologische Reform relevanter Gesetze und Verordnungen muß zu einer systematischen Aufgabe gemacht, eine Umweltaußenpolitik (in Europa, aber auch im Nord-Süd-Kontext) muß entwickelt werden. Die öffentlichen Behörden müßten allgemein mit gutem Beispiel vorangehen, sich selber stärker in die „ökologische Pflicht“ nehmen. Ohne zunehmendes ökologisches Wissen aller Institutionen und ohne breite gesellschaftliche Unterstützung werden Umweltprobleme meist nur nachträglich und partiell behandelt, nicht aber vorausschauend verhindert und systematisch gelöst.

Aus all dem ergeben sich bestimmte Mindestanforderungen der ökologie-orientierten *institutionellen Reform*:

- Wirtschafts-Institutionen orientieren sich stärker an den ökologischen Problemen,

- Umwelt-Institutionen erfahren einen Kompetenzzuwachs,

- Einrichtungen der Technologiebewertung und -entwicklung erhalten Umweltkompetenz (sog. „Öko-TÜV“),

- Einrichtungen der Produktbewertung erweitern ihre Kompetenz in Richtung der ökologischen Bewertung der Produkte und Produktionsprozesse (z. B. Öko-TEST)

und letztlich:

- die Prüfung der Umweltverträglichkeit wird zu einem allgemeinen und allgemein verständlichen Bestandteil allen wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Handelns.

#### *IV. Das Fazit*

Die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie ist, nach allem was oben gesagt wurde, eine gewaltige intellektuelle und praktisch-politische Aufgabe. Wenn sie gelingen soll, muß ein wichtiger

Bereich unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit – die Ökonomie und die sie steuernde Wirtschaftspolitik – inhaltlich erneuert und wissenschaftsmethodisch erweitert werden. Eine Anleihe der Ökonomie an der Ökologie liegt nahe. Einige Beispiele der Anwendung bzw. Nachahmung ökologischer Regelmechanismen wurden aufgezeigt. Sie eröffnen – so denke ich – eine Fülle von Möglichkeiten, das ökonomische System umweltverträglicher zu machen. In der ökologischen Orientierung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik liegt zugleich (und: schließlich) die einzige Chance, die Interessen von Mensch und Natur in Übereinstimmung zu bringen, d. h. beiden langfristigen Wohl-Stand in des Wortes echter Bedeutung zu garantieren.